

„Verstaatlichung des Kindes“ und die „Verplanung des Lebens“ in einer gefühlkalten Industriekultur, so Blüm, könne nur gehalten werden, „wenn gesichert bleibt, daß sich die Entfaltung des Lebens in der Familie vollzieht“. Tugenden der „Familienkultur“ wie „Verzicht“ und „Vorsorge“ sollten in einer „menschlicheren Gesellschaft wieder Vorrang“ haben.

Verderblich wirke, befindet der CDA-Chef, „die Mutterfeindlichkeit und Lieblosigkeit“ der Emanzipationsbewegung, die „Ichsucht mit einem Gleichheitsideal“ verbinde und sogar die Unterschiede zwischen den Geschlechtern einebnen wolle.

Wenn Kinder zum Psychiater müssen oder gewalttätig werden, dann sind vor allem die Mütter schuld. Blüm: „Wo mütterliche Zuwendung fehlt oder nur unzureichend gewährt werden kann, bezahlt das Kind mit empfindlichen Verhaltensstörungen.“

Die CDU-Bundestagsabgeordnete und CDA-Vorstandskollegin Renate Hellwig: „So einfach ist das also.“

Bei dem Blümschen „Rollback in eine Mutterkreuzideologie“ (Hellwig) ist kein Platz für berufstätige Mütter, die ihre Erfüllung auch außerhalb der Familie finden. Keinen Gedanken verschwendet der CDA-Vorsitzende an jene Frauen, die für die Haushaltskasse arbeiten. Begriffe wie „Doppelbelastung“ und „Partnerschaft“ tauchen in seinem Papier nicht auf.

Statt dessen heißt es lapidar: „Ein Erwerbseinkommen muß ausreichen.“ Den Müttern, die trotz kleiner Kinder berufstätig sind, redet Blüm schlechtes Gewissen ein. Das Kind, doziert er, „braucht zumindest in den ersten Lebensjahren die Mutter ganz“.

Der familienpolitische Arbeitskreis seiner Sozialausschüsse denkt weniger altertümelnd. Unter dem Vorsitz von Renate Hellwig hatte er sich auf Leit-



Defekte Kerosinleitung in Frankfurt*: Gefahr am Hinkelstein

sätze verständigt, in denen von der „Selbstentfaltung“ innerhalb der Familie die Rede ist, von gemeinsamen Entscheidungen und gemeinsamer Verantwortung, von Gleichberechtigung und einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Kindern.

Doch Linkskatholik Blüm waren diese Thesen „viel zu ausgewogen“. Sie erscheinen ihm wie „die 27. Auflage eines Papiers des evangelischen Kirchentages“, die keinen „Effekt fürs Nachdenken“ habe.

So überraschte Blüm die Protestantin Hellwig und ihren Arbeitskreis mit eigenen Thesen. Nach einer sechsstündigen Debatte im Bundesvorstand der Sozialausschüsse hatte er vorige Woche eine knappe Mehrheit hinter sich — nicht etwa weil seine Ansichten überzeugten, sondern weil er versprach, seine provokanten Leitsätze würden für „mehr Wirbel“ sorgen.

Damit wird er recht behalten.

Derweil floß Treibstoff in Strömen — im Grundwasser unter dem Frankfurter Flughafen, mit Wissen des Ministers. Aus einem Leck an der Tankrohrleitung war bis Ende letzten Jahres Kerosin ins Erdreich geflossen. Es war eine Menge, deren Ausmaß erst jetzt, ein halbes Jahr nach Entdeckung des Unfalls, durchsickerte: mehrere Millionen Liter.

Anfang Juli wurde Ministerpräsident Holger Börner zugetragen, daß auf Rhein-Main schon 1,1 Millionen Liter Flugzeugbenzin aus dem Grundwasser geschöpft worden waren. Besorgt, das Land Hessen werde wieder einmal mit einer Umweltaffäre in die Schlagzeilen kommen, verlangte er von seinem Umweltminister umgehend Aufklärung über den „außergewöhnlichen Schadensfall“.

Die Antwort war so alarmierend wie skandalös. Es könnten, schrieb Schneiders Staatssekretär Werner Brans (FDP), auch drei Millionen Liter Kerosin ausgelaufen sein. Die Zahl sei freilich nur „spekulativ“, weshalb sie, empfahl Brans, „der Öffentlichkeit nicht genannt werden“ sollte.

Jetzt, nachdem doch alles bekanntgeworden ist, stellt sich die Umweltschlamperei noch grotesker dar. Wie seinerzeit bei der kriminellen Ablagerung von Giftmüll, die den damaligen Umweltminister Werner Best das Amt kostete, wie bei der laschen Aufsicht der Umweltbehörde gegenüber den Mainverschmutzungen der Hoechst AG, die zum Rücktritt Willi Görlachs führte, so verlor auch dessen Nachfolger Schneider die Übersicht. Bedroht ist diesmal das Trinkwasser für Millio-

* Hessische CDU-Politiker und Techniker am 23. Juli beim Lokaltermin auf dem Rhein-Main-Flughafen.



Familienpolitiker Blüm
... oder Rollback zum Mutterkreuz?*

UMWELT

Immer offen

Seit Jahren wird das Grundwasser am Frankfurter Flughafen durch auslaufendes Kerosin verseucht. Skandal im Skandal: Behörden wußten davon.

Hessens Umweltminister Karl Schneider (SPD) forderte die Autofahrer auf, nicht zu kleckern. „Prüfen Sie die Dichtigkeit Ihrer Kraftstoffleitung“, mahnte er zur Urlaubszeit, „vermeiden Sie das Verschütten von Benzin“; das Waschen der Fahrzeuge an Gewässern, warnte Schneider, sei „Gift für unser Wasser“, einfach „umweltkriminell“.

nen Menschen in der Rhein-Main-Region.

Bereits im September 1977 rannen aus dem zwanzig Jahre alten Leitungssystem rund 100 000 Liter der giftigen Flüssigkeit. Der Rost hatte ein Loch in die Zapfleitung gefressen. Im Februar 1979 sprudelten aus einem durch Bauarbeiten beschädigten Rohrstück knapp 415 000 Liter Sprit in das Wassereinzugsgebiet, ein Jahr später nochmals 28 000 aus einem vom Frost gesprengten Ventil.

Damals schon wußte das Umweltministerium von erheblichen Mängeln an dem Tanksystem. Vor dem hessischen Landtag gestand im Mai 1979 Schneiders Vorgänger Görlach, daß eine Abschaltautomatik fehle, ebenso „akustische und optische Alarmanzeigen“ — Grundaustattungen an Öltanks in jedem Heizungskeller.

Anderthalb Jahre später, am 12. Dezember 1980, kam die nächste Panne hoch. Rost hatte, wieder einmal, ein Loch in die 33,3 Kilometer lange Rohrleitung gefressen. Durch die sieben Quadratmillimeter große Öffnung war, lange Zeit unbemerkt, tonnenweise Düsentreibstoff gesickert, nur 1,5 Kilometer vom Frankfurter Trinkwasserbrunnen „Hinkelstein“ entfernt. Was aber Brennstoff im Wasser bedeutet, steht heute schon im Physikbuch für Fünftkläßler: „Mit der Menge Heizöl, die in eine Tintenpatrone paßt, können vier Badewannen voll Wasser verseucht werden.“

Womöglich bestand das Leck schon seit Herbst 1979, der veraltete Druckschreiber, gesteht Albin Herr, technischer Leiter der „Hydranten-Betriebs-Gesellschaft“ (HBG), „war nicht empfindlich genug, um solche Leckagen zu registrieren“. Und auch den Kaufleuten der HBG war der ständige Verlust in der Bilanz nicht aufgefallen. Geschäftsführer Dieter Wiggenhagen: „Die Menge lag unter der Eichtoleranz von einem halben Prozent.“

So rätseln die Kerosinhändler noch immer, wieviel Stoff ihnen durch das Leck gegangen ist. Rund 1,2 Millionen Liter wurden bislang durch 15 Schöpfbrunnen wieder aus dem verseuchten Erdreich gefördert. „Nach seriösen Schätzungen“, rechnet Wiggenhagen hoch, „könnten es insgesamt rund 2,5 Millionen Liter sein.“

Wie verrottet die gesamte Kerosinanlage ist, belegt ein Gutachten der Staatlichen Technischen Überwachung Hessen, das den Umweltbehörden schon seit Februar dieses Jahres vorliegt. Die Prüfer stellten überall am Leitungsnetz „schleichende Leckagen“ fest, hervorgerufen „durch Korrosion“. Eine Erneuerung der Rohre, so das Ergebnis des Gutachtens, sei unumgänglich.

Doch Minister Schneider wollte, wie er Mitte März vor dem Landtag in Wiesbaden ankündigte, weiterhin nur „die Überprüfung des gesamten Lei-

tungssystems auf Dichtheit“ betreiben. Einen sofortigen Betriebsstopp der umweltgefährlichen Anlage lehnte er ab. Umwelt-Staatssekretär Jörg Jordan verteidigte die Unterlassung: Sonst „wäre ein wesentlicher Teil des Flughafens funktionell stillgelegt“.

Dabei sind die dem Ministerium unterstellten Wasserbehörden gehalten, notfalls scharfe Auflagen zu verhängen oder gar Anlagen abzuschalten. Wenn, so sieht es das Wasserhaushaltsgesetz vor, durch Rohrleitungsanlagen eine „Verunreinigung der Gewässer zu besorgen ist“, können auch nach der Inbetriebnahme Auflagen verhängt oder Genehmigungen „zurückgenommen



Hessens Umweltminister Schneider „Überprüfung auf Dichtheit“

werden“. Ein Frankfurter Umweltschreiber: „Da besteht ein klares Vollzugsdefizit.“

In Sachen Kerosinunfall ermittelt auch schon die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der fahrlässigen „gemeingefährlichen Vergiftung“, zunächst nur gegen die Verantwortlichen der HBG: Es könnte auch, wegen amtlicher Versäumnisse, gegen hessische Umweltbeamte und den Minister gehen. Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Christoph Schaefer: „Da müssen wir immer offen sein.“

Jetzt überstürzen sich die Wiesbadener Ministerialen mit Vorschlägen, wie die Rohre dicht gemacht und besser kontrolliert werden können. Staatssekretär Jordan schwebt vor, ein neues Leitungsnetz über Tage zu verlegen. Dann müssen, gibt ein Flughafen-Techniker zu bedenken, „die Maschinen auf dem Vorfeld Hürdenlaufen“.

SPD

Hinter die Löffel

War der Rauschmiß des linken SPD-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Hansen das Werk eines einzelnen?

Der eine Sozialdemokrat, ein ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär, sagt gern was Deftiges über Genossen: „Laumänner, Traumtänzer, immer mit dem feuchten Daumen scharf im Wind.“ Sich selber findet er prima: „Ich bin so richtig schön auf Trab.“

Der andere Sozialdemokrat, ein früherer Lehrer, bürstet auch regelmäßig Parteifreunde ab: „Geschminkte Leichen, die mit dem Kopf nicken.“ An sich selber findet er mehr Gefallen: „Die ist unwiderleglich, meine Logik.“

Der eine, Hans Otto Bäumer, 54, nordrhein-westfälischer Agrarminister und SPD-Bezirksvorsitzender vom Niederrhein, wurde vom Kanzler schon mal „Clown“ genannt und vom früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Kühn als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft. Der biographische Dienst „Munzinger-Archiv“ sagt dem Mann vom rechten Flügel „eiferndes Gerechtigkeitsdenken“ nach.

Der andere, Karl-Heinz Hansen, 54, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Düsseldorf, gilt dem Genossen Egon Franke als „geisteskrank“, dem Kanzler als „Wirrkopf“: „Angriffe von einem solchen Mann beantworte ich nicht.“ Munzinger: „Ein extremer Aktivist auf dem linken Flügel der SPD.“

Die beiden Leute aus den verschiedenen Lagern, beide „mit ähnlichem Temperament“ (Hansen-Anwalt Werner Holtfort), der Polterer Bäumer und der bis zum Narzißmus selbstgerechte Hansen, waren die eigentlichen Kontrahenten in dem Parteiordnungsverfahren, das am Montag vergangener Woche mit dem Ausschluß Hansens endete.

Die Schiedskommission des SPD-Bezirks Niederrhein verzichtete ausdrücklich auf eine inhaltliche Wertung der politischen Aussagen des Nachrüstungsgegners Hansen, verurteilt wurde die Form seiner Äußerungen: Er habe gegen die „Solidarität unter Genossen“ verstößen, mit „Formulierungen, die empfindlich verletzten“.

Bäumer kommentierte: „Eine ausgewogene Entscheidung.“ Hansen legte Widerspruch bei der Bundesschiedskommission ein: „Es ist noch nichts entschieden.“

Der Grund für den Rauschmiß war ungewöhnlich — gewöhnlich werden prominente Sozis nur gefeuert, wenn sie mit anderen Organisationen, vorwiegend kommunistischen, liebäugeln.

Viktor Agartz, einst Chefideologe des DGB, mußte 1958 wegen seiner Kontakte zur DDR-Gewerkschaft